

**AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG Landesamtsdirektion-
Verfassungsdienst 7001 Eisenstadt, Europaplatz**

1

Bundesministerium
für Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Eisenstadt, am 29.3.2007
E-Mail: post.vd@bgld.gv.at
Tel.: 02682/600 DW 2032
Mag.^a Simone Laky

Zahl: LAD-VD-B164-10048-4-2007

Betr: Bundesgesetz, mit dem das ASVG, GSVG, BSVG, APG und das BPGG
geändert werden (SRÄG 2007) – Sozialrechts-Änderungsgesetz 2007

Bezug: E-Mail vom 15.2.2007

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Gesetzesentwurf erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung wie folgt Stellung zu nehmen:

Mit dem ggst. Gesetzesvorhaben soll das Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode zum Kapitel „Pensionen“ teilweise umgesetzt werden. Geregelt werden sollen Milderungen in bestimmten Bereichen, bzw. sollen soziale Ungerechtigkeiten aus dem seinerzeitigen Pensionsreformpaket bereinigt werden.

Vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen besteht kein Anlass zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen.

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme ergeht an die e-mail Adresse „begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at“.

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr.ⁱⁿ Handl-Thaller

Zl.u.Betr.w.v.

Eisenstadt, am 29.3.2007

1. Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
2. Präsidium des Bundesrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
3. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landesamtsdirektoren)
4. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ. Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr.ⁱⁿ Handl-Thaller